



Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 8 November 2009

www.europa.bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Finanzen.....	4
Öffentliche Konsultation zur EU-Haushaltsordnung eröffnet.....	4
Defizitverfahren gegen Deutschland.....	4
ECOFIN beschließt Ausstiegsszenarien.....	5
Beschäftigung, Bildung und Soziales.....	5
EU- Sozialgipfel: Wiederankurbelung der Wirtschaft und Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen erforderlich.....	5
Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen für das Jahr 2010.....	6
Jahrbuch der Regionen - Veröffentlichung von EUROSTAT.....	7
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.....	7
Neues Online-Bewertungssystem der Kommission für umweltfreundliche Technologien.....	7
Mitteilung der Kommission zu Schlüsseltechnologien.....	8
Umwelt und Energie.....	9
Umweltministerrat beschließt Emissionsziele für Schifffahrt.....	9
Schlussfolgerungen für Schiffsabwrackungen.....	10
Europäischer Rat beschließt Ostseestrategie.....	10
Verkehr und Stadtentwicklung.....	11
Grüne Verkehrskorridore.....	11
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	12
Bekämpfung von HIV/AIDS – eine neue EU-Strategie 2009 - 2013.....	12
Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern.....	13
Justiz und Inneres.....	14
Kommission stellt letzte Bausteine für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem vor.....	14
Ergebnisse des Justiz-/Innen-Rates am 23. Oktober 2009.....	15
Schwedische Ratspräsidentschaft veröffentlicht Entwurf für das Stockholmer Programm.....	17
Informationsgesellschaft, Medien und Kultur.....	17
Kommission: Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft.....	17
Ausschuss der Regionen.....	18
81. Plenartagung des Ausschusses der Regionen.....	18
Bremen spricht sich gemeinsam mit anderen Nordseeanrainern für eine „EU-Strategie für den Nordseeraum“ aus.....	19

Bremen und Europa 20
 Europawoche 2010 - Mitmachen und gemeinsam dafür werben 20
Redaktion 22
Bereich Europa..... 22

Anhang: Veranstaltungskalender EuropaPunktBremen

Finanzen

Öffentliche Konsultation zur EU-Haushaltsordnung eröffnet

Am 19. Oktober 2009 hat die Kommission den öffentlichen Konsultationsprozess zur Überprüfung der EU-Haushaltsordnung eingeleitet. Die Ergebnisse der Konsultationen dienen der Kommission als Grundlage für ihren Vorschlag für eine überarbeitete Haushaltsordnung, der Mitte 2010 vorgelegt werden soll. Empfänger und Verwalter von EU-Finanzmitteln sind dazu aufgerufen, über die Gestaltung der Vergabevorschriften für Finanzhilfen und Aufträge zu diskutieren. Dieses Forum bietet allen Beteiligten die Gelegenheit zum Austausch ihrer praktischen Erfahrungen, so dass die Kommission in der Folge vor allem den Zugang zu Finanzhilfen erleichtern und ihre eigenen Finanzverfahren straffen kann. Dies ist besonders wichtig, da die Europäische Union allmählich die Arbeit an einer neuen Generation von Förderprogrammen für die Periode ab 2014 aufnimmt.

Vorschläge können noch bis zum 18. Dezember elektronisch eingereicht werden unter: http://ec.europa.eu/budget/consultations/FRconsult2009_de.htm

Defizitverfahren gegen Deutschland

Die Kommission hat am 7. Oktober ein Defizitverfahren u. a. gegen Deutschland eröffnet. Aufgrund der von Deutschland gelieferten Daten ist sie zu dem Schluss gekommen, dass das Defizit Deutschlands in 2009 den Referenzwert von 3 % des BIP überschreiten wird und diese Überschreitung wegen der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise zwar ausnahmsweise, aber nicht nur vorübergehend sein wird.

Die Kommission geht aufgrund der von Deutschland mitgeteilten Daten davon aus, dass das Defizit von 3,9 % in 2009 gefolgt wird von einem Defizit in Höhe von 5,9 % in 2010. Bereits das Defizit von 3,9 % liege nicht „nahe“ am Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 %.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1428&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15935_en.pdf

ECOFIN beschließt Ausstiegsszenarien

Angesichts der gespannten Lage der öffentlichen Finanzen hat der ECOFIN am 20. Oktober eine Einigung über Ausstiegsszenarien erzielt. Sobald die Kommission feststellt, dass sich ein selbsttragender Aufschwung eingestellt hat, sollen die Mitgliedstaaten die Konjunkturmaßnahmen zeitnah einstellen und mit der Konsolidierung beginnen. Als Zeitpunkt ist 2011 avisiert. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, ab dann jährliche Konsolidierungsleistungen in Höhe von 0,5 % des BIP zu erbringen, die von strukturellen Reformen flankiert werden sollen.

Der Europäische Rat billigte diese Schlussfolgerungen und ersuchte den ECOFIN-Rat und die Kommission, ihre Beratungen über Ausstiegsstrategien fortzusetzen und dem Europäischen Rat im Dezember 2009 erneut Bericht zu erstatten.

Weitere Informationen (englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/110622.pdf

Beschäftigung, Bildung und Soziales

EU- Sozialgipfel: Wiederankurbelung der Wirtschaft und Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen erforderlich

Wie vor jedem Treffen der Europäischen Staats- und Regierungschefs hat es auch in diesem Herbst im Vorfeld des Europäischen Rates am 29. Oktober 2009 eine Sitzung des sog. EU-Sozialgipfels gegeben. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches zwischen den Sozialpartnern, der Kommission und den Vertretern von Mitgliedstaaten standen Fragen der Bekämpfung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, vor allem zur Bewältigung der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der EU. Konsens war, dass die EU eine langfristig angelegte Strategie zur Überwindung dieser Krise benötigt. Nachhaltiges Wachstum, eine ökologisch verantwortliche Wirtschaft und der soziale Zusammenhalt in der EU müssen die Grundlagen einer solchen „EU-Strategie 2020“ bilden.

Auf diesem Sozialgipfel haben die europäischen Sozialpartner der europäischen Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften (EGB, BUSINESSEUROPE, CEEP und UEAPME) betont, dass sich die Krise nach wie vor auf den Arbeitsmarkt auswirke und dass es unabdingbar sei, gemeinsame europäische Initiativen zu entwickeln. Sie wollen in die Erarbeitung der künftigen „EU-Strategie 2020“ intensiv einbezogen werden und kündigten an, eine gemeinsame Position zu erarbeiten.

Weitere Informationen zum Sozialen Dialog der Europäischen Sozialpartner:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de>

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen für das Jahr 2010

Ziel des Aktionsprogramms im Bereich des lebenslangen Lernens 2007-2013 ist es, Austausch, Zusammenarbeit und Mobilität zu entwickeln und zu fördern, damit die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gemäß der Lissabon-Strategie zu einer weltweiten Qualitätsreferenz werden.

Das Aktionsprogramm setzt sich aus verschiedenen Unterprogrammen zusammen:

- COMENIUS (Schulbildung)
- ERASMUS (Hochschulbildung)
- LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung)
- GRUNDTVIG (Allgemeine Erwachsenenbildung)

Zusätzlich gibt es ein bereichsübergreifendes Querschnittsprogramm (politische Zusammenarbeit, Sprachenlernen, Informations- und Kommunikationstechnologien) sowie die Aktion JEAN MONNET (Lehrangebote und Forschungsvorhaben im Bereich der europäischen Integration).

Die Ausschreibung richtet sich an Personen, die sich in akademischer oder beruflicher Ausbildung befinden, an Lehrkräfte und Ausbilder sowie an Unternehmen und Vereinigungen, die im Bereich des lebenslangen Lernens tätig sind. Voraussetzung ist, dass die Antragssteller ihren Sitz innerhalb der 27 Mitgliedstaaten, in Island, Liechtenstein, Norwegen oder der Türkei haben. Für einzelne Aktionen können sich auch Antragsteller aus Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bewerben.

Das für die Förderung vorgesehene Gesamtbudget beträgt ca. 1.016 Mio. €. Zusätzlich sind Mittel in Höhe von 1,9 Mio. € für die Teilnahme von Kroatien und 1,1 Mio. € für die Teilnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien veranschlagt. Die Höhe der gewährten Finanzhilfen und die Dauer der Projektförderung können variieren. Maßgebliche Faktoren sind beispielsweise die Art des Projekts und die Anzahl der beteiligten Länder.

Der Antragszeitraum für eine Förderung im Jahr 2010 endet zwischen Januar und März 2010, abhängig von den jeweiligen Unterprogrammen. Die genauen Antragsfristen sowie weitere Informationen können der Ausschreibung entnommen werden, die im Internet abrufbar ist unter:

<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:247:0013:0015:de:PDF>

Jahrbuch der Regionen - Veröffentlichung von EUROSTAT

Eine Fülle von Informationen über die europäischen Regionen bietet diese Broschüre des EU-Amtes für Statistik mit ihren rd. 170 Seiten. Standardkapitel zur regionalen Bevölkerungsentwicklung, zu den regionalen Arbeitsmärkten und der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung werden ergänzt durch weitere Bereiche wie z.B. regionale Daten zur Entwicklung der Informationsgesellschaft (in dieser Ausgabe).

Das Jahrbuch steht elektronisch im Internet zur Verfügung:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-HA-09-001

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

Neues Online-Bewertungssystem der Kommission für umweltfreundliche Technologien

Der Europäische Rat hat im Februar 2008 den SET-Plan (Strategieplan für Energietechnologie) verabschiedet. Es handelt sich hier um einen ersten Schritt im Hinblick auf eine europäische Energietechnologiepolitik. Der Plan verfolgt folgende Ziele:

- Beschleunigung der Kenntniserweiterung, des Technologietransfers und der Technologieeinführung,
- Erhalt der industriellen Führungsposition der EU im Bereich der kohlenstoffemissionsarmen Technologien,
- Förderung der Forschung, um einen Wandel bei den Energietechnologien und so unsere energiepolitischen Ziele und Klimaschutzziele für das Jahr 2020 zu erreichen,
- Beitrag zu den globalen Bemühungen um ein Wirtschaftssystem mit geringen CO₂-Emissionen.

Nun hat die Kommission SETIS (Information System of the European Strategic Energy Technology Plan) in Betrieb genommen. Das Online-Informationssystem für den SET-Plan (Strategieplan für Energietechnologie) enthält die neuesten Ergebnisse zum gegenwärtigen Stand kohlenstoffemissionsarmer Technologien sowie zu Prognosen und Forschungsinvestitionen. Das Informationssystem bietet dabei interaktive Instrumente für den Vergleich des maximalen Potenzials und der Energiegewinnungskosten verschiedener Technologien über einen längeren Zeitraum.

Von der SETIS-Gemeinschaft werden unter der Leitung der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Kommission, die eng mit den anderen Kommissionsdienststellen, den EU-Mitgliedstaaten und Akteuren in Industrie, Forschung und Finanzwesen der EU zusammenarbeitet, wissenschaftliche Analysen und Marktanalysen in das System eingegeben. Gegenstand der Analysen sind vor allem die im SET-Plan genannten kohlenstoffarmen Technologien und die vorgeschlagenen Europäischen Industrieinitiativen (Windkraft, Photovoltaik, konzentrierte Solarenergie, Bioenergie, CCS (CO₂-Abscheidung und –Speicherung), intelligente

Netze, Kernspaltung), außerdem zwei laufende Initiativen (Brennstoffzellen und Wasserstoff, Kernfusion) und weitere Technologien mit großem Potenzial (z. B. Meeresenergie, Erdwärme und Energiespeicherung). Technologien, die auf der Nachfrageseite energieeffizient sind, werden ebenfalls berücksichtigt. Der Schwerpunkt der SETIS-Analysen liegt auf den Forschungsinvestitionen. Diese sind ein Indikator für die Innovationskapazitäten, den technischen Stand sowie Technologie-, Markt- und Wirkungsprognosen der einzelnen Technologien. In den Capacities Maps (Kapazitätskartierung) werden Forschungsbemühungen der europäischen Industrie und des öffentlichen Sektors im Bereich der kohlenstoffemissionsarmen Technologien erfasst. Im Rahmen von SETIS werden die Forschungsmaßnahmen fortlaufend beobachtet; über die Kapazitätskartierung wird regelmäßig über sie Bericht erstattet. In den Technology Maps (Technologiekartierung) werden wichtige Informationen über den gegenwärtigen Stand und die Aussichten für kohlenstoffemissionsarme Technologien festgehalten. Mit dieser Kartierung wurde ein Beitrag zur Festlegung und zu den grundlegenden Leistungsindikatoren der vorgeschlagenen Technologiepläne („Roadmaps“) geleistet. Die Technologiekartierung ist eine solide Basis für die strategische Planung der Technologieentwicklung in Europa; sie wird jährlich aktualisiert. Die nächste Ausgabe wird Ende 2009 erwartet.

SETIS stellt ferner online einen Rechner für Energiegewinnungskosten zur Verfügung, mit dessen Hilfe die Nutzer die Produktionskosten verschiedener Technologien für den Zeitraum bis 2030 miteinander vergleichen können und der die wichtigsten Elemente dieser Kosten aufschlüsselt. Kostenprognosen sind ein wertvolles Hilfsmittel bei der Ermittlung der Wettbewerbsfähigkeit einer bestimmten Technologie innerhalb des Energiesystems und ihrer weiteren Entwicklung.

Weitere Informationen (englisch):

SET plan: http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_plan_en.htm

GFS-Unterstützung für den SET-Plan (englisch):

<http://ec.europa.eu/dgs/jrc/index.cfm?id=4390&lang=en>

Europäisches Energietechnologie-Informationssystem (SETIS) (englisch):

<http://setis.ec.europa.eu>

Mitteilung der Kommission zu Schlüsseltechnologien

Die Kommission hat kürzlich ihre Mitteilung „An die Zukunft denken: Entwicklung einer gemeinsamen EU-Strategie für Schlüsseltechnologien“ (KOM 2009/512) vorgestellt. Die Mitteilung ist der Ausgangspunkt für die Erarbeitung einer Strategie, die die europäische Industrie durch die Priorisierung folgender fünf Schlüsseltechnologien für den internationalen Wettbewerb stärken soll:

- Nanotechnologie,
- Mikro- und Nanoelektronik einschließlich Halbleitertechnik,
- Biotechnologie,
- Photonik sowie
- fortschrittliche Werkstoffe.

Die Identifizierung dieser Schlüsselindustrien erfolgte anhand der Kriterien „wirtschaftliches Potenzial“, „Beitrag zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme“ und „europäischer Wissensvorsprung“.

Die Kommission sieht Handlungsbedarf, da führende Technologienationen wie China, Japan und die USA sich ebenfalls auf die Förderung bestimmter zukunftsweisender Technologien konzentrieren. Sie schlägt vor, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der definierten Schlüsseltechnologien kurz- und langfristige Strategien zu entwickeln. Zu diesem Zweck wird die Kommission eine hochrangige Sachverständigengruppe einsetzen. Politische Ansatzpunkte sind z. B. das EU-Beihilfenrecht, das öffentliche Beschaffungswesen, die Kreditpolitik der Europäischen Investitionsbank, der Schutz des geistigen Eigentums und die Bekämpfung wettbewerbsverzerrender Subventionen von Drittstaaten auf bilateraler und auf WTO-Ebene. Auf der Grundlage der Vorschläge der Gruppe wird die Kommission dem Rat Ende 2010 Bericht erstatten.

Die Mitteilung ist zum einen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der EU-Innovationspolitik zu sehen, die im Frühjahr 2010 in einem "European Innovation Act" münden soll, und zum anderen mit der Diskussion über die Neuausrichtung der Lissabonstrategie post 2010.

Die Bundesregierung sieht die Mitteilung teilweise kritisch. Sie sieht die Gefahr, dass andere Technologien mit hohem Potenzial durch den Vorstoß der Kommission ins Hintertreffen geraten könnten. Die Kommission verweist jedoch darauf, dass der Katalog der bislang definierten Schlüsseltechnologien nicht abschließend sei. Vielmehr handele es sich um eine erste Diskussionsgrundlage.

Weitere Informationen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0512:FIN:DE:PDF>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1394&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Umwelt und Energie

Umweltministerrat beschließt Emissionsziele für Schifffahrt

Der EU-Umweltministerrat und der Umweltausschuss des EU-Parlaments haben jeweils am 20. und 21. Oktober beschlossen, dass die EU im Dezember beim Kopenhagener UN-Klimagipfel für die Vereinbarung verbindlicher Reduktionsziele für CO₂-Emissionen der Schifffahrt eintreten soll.

Bisher ist die Schifffahrt nicht Teil des Kyoto-Protokolls. In Kopenhagen wird über ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beraten, welches 2012 ausläuft. Bis dahin will die EU, dass die IMO (International Maritime Organisation) entsprechende Abkommen für die Schifffahrt erarbeitet und in Kraft gesetzt hat.

Ansonsten wird die EU eigene Maßnahmen ergreifen. Mit regionaler Regulierung würden aber Wettbewerbsnachteile für die europäische Schifffahrt entstehen. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas unterstützt den Kurs von Rat und Parlament ausdrücklich. Seine Generaldirektion arbeitet seit Längerem an EU-Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen der Schifffahrt im Falle, dass es keine internationale Lösung gibt. Dabei sind vor allem zwei Optionen im Gespräch: ein Emissionshandelssystem (ETS) oder ein Klimakompensationsfonds, der durch einen Aufschlag auf den Bunkerpreis finanziert würde.

Weitere Informationen (englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/110634.pdf

Schlussfolgerungen für Schiffsabwrackungen

Die EU-Umweltminister haben am 21. Oktober auch Ratsschlussfolgerungen zur EU-Strategie für Schiffsabwrackung angenommen. Darin betonen sie, dass umweltfreundliches Recycling von Schiffen eine Priorität der EU sei und dass diese eine zentrale Rolle bei diesem Thema spiele mit rund 40 % der weltweiten Tonnage im Besitz von in der EU ansässigen Unternehmen.

Ende 2008 hat die EU-Kommission eine Strategie zur Verbesserung der Schiffsabwrackung vorgelegt. Wenige Monate später hat die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) dann ein Abkommen über sicheres Schiffsrecycling verabschiedet.

Der Rat fordert die EU-Kommission auf, geeignete Maßnahmen auf EU-Ebene zur schnellen Umsetzung dieses Abkommens zu untersuchen.

Dabei ist auch wieder von Legislativ-Vorschlägen die Rede. Bisher konnte man sich Kommissions-intern allerdings nur auf die Schaffung von Anreizen für freiwillige Maßnahmen der maritimen Wirtschaft und die Förderung von „best practices“ einigen.

Weitere Informationen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0767:FIN:DE:PDF>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/110626.pdf

Europäischer Rat beschließt Ostseestrategie

Beim EU-Gipfel am 29. und 30. Oktober haben die Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für die Ostseestrategie der EU-Kommission ausgesprochen. Die Strategie soll nur die erste einer Reihe von Regional- Strategien sein, so z. B. für die Donau (für 2011 unter ungarischer EU-Ratspräsidentschaft vorgesehen) oder für das Schwarze Meer.

In ihren Schlussfolgerungen sprechen sich die Mitgliedstaaten für eine schnelle Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region aus sowie für die Bedeutung des maritimen Umweltschutzes. Bei der Implementierung der Strategie bzw. der

Erreichung eines guten Umweltzustandes der Ostsee spielten die Verbindungen zur Meeresstrategie- Richtlinie eine große Rolle.

Die EU-Kommission soll nach dem Willen der EU-Mitgliedstaaten bis spätestens Juni 2011 einen Bericht erstellen, der die Fortschritte bei der Umsetzung der Ostsee-strategie dokumentiert.

Weitere Informationen:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf

Verkehr und Stadtentwicklung

Grüne Verkehrskorridore

In ihrem Aktionsplan Güterverkehrslogistik (2007) hatte die EU-Kommission als eine Maßnahme die Festlegung grüner Korridore für das Jahr 2008 angekündigt. Dies ist bisher allerdings nicht erfolgt. Nun will die EU-Kommission endlich ihr Konzept der „green corridors“ präzisieren.

Den Auftakt dazu soll eine große Stakeholder-Konferenz am 9. Dezember in Brüssel geben. Diese verfolgt drei Ziele:

- die politische Unterstützung für die „green corridors“-Initiative noch einmal zu bestätigen,
- den Beginn einer Studie anzukündigen, die anhand von bestehenden grünen Korridoren definiert, was genau ein solcher Korridor ist,
- zu klären, welche Rolle grüne Korridore bei Marco Polo II und der Revision der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) einnehmen.

Mit den grünen Korridoren soll kein neues Verkehrsnetz geschaffen werden. Vielmehr sollen diese umweltfreundlichen, ko-modalen Korridore ins bestehende Netz integriert werden. Der maritime Verkehr soll dabei als Verkehrsträger mit einer guten Öko-Bilanz eine zentrale Rolle spielen.

Besonders die Häfen als logistische Knotenpunkte sowie Meeresautobahnen und die Binnenschifffahrt sollen nach dem Willen der Kommission zentrale Komponenten dieser grünen Güterverkehrskorridore werden.

Weitere Informationen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0606:FIN:DE:PDF>

http://ec.europa.eu/transport/sustainable/events/2009_12_09_green_corridors_conference_en.htm

Gesundheit und Verbraucherschutz

Bekämpfung von HIV/AIDS – eine neue EU-Strategie 2009 - 2013

Nach der EU-Strategie von 2005 bis 2008 zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von HIV/AIDS hat die Kommission am 26. Oktober 2009 ihr weiteres Engagement mit der Annahme einer Strategie und eines Aktionsplans für den Zeitraum 2009-2013 unterstrichen. 2007 wurden in der EU und ihren Nachbarländern über 50.000 neue HIV/AIDS-Fälle gemeldet. Zurzeit sind in Europa rund 2 Mio. Menschen Träger des HIV-Virus. Die Krankheit kann zwar wirksam behandelt, aber noch nicht geheilt werden, und deshalb muss vorrangiges Ziel sein, die nationalen und regionalen Präventionsstrategien zu verbessern und effektiv und schnell umzusetzen.

Die Kommission schlägt u. a. vor,

- den allgemeinen Zugang zu Prävention, Behandlung, Versorgung und Unterstützung sicher zu stellen,
- die Überwachung in der EU und in den Nachbarländern zu verbessern und zuverlässige Daten auszutauschen,
- vorrangig betroffene Regionen, wie etwa in den neuen EU-Mitgliedstaaten Ost- und Mitteleuropas und in den am stärksten betroffenen Nachbarländern der EU, in ihren Konzepten und Maßnahmen zu unterstützen,
- Möglichkeiten entwickeln, um durch HIV/AIDS besonders gefährdete Gruppen der Bevölkerung (Jugendliche, Drogenabhängige, Migranten) besser zu erreichen und über Risiken aufzuklären.

Die EU-Gremien - Europäisches Parlament, der Rat - und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen werden die vorgelegte Mitteilung und den Aktionsplan jetzt beraten.

Text der Mitteilung:

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/aids/docs/com2009_de.pdf

Informationen auf der Webseite der Kommission zu HIV/AIDS (englisch):

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/aids/aids_en.htm

Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern

Mit dieser Überschrift hat die Kommission am 28. Oktober 2009 eine Mitteilung vorgelegt, die sich mit der Entwicklung der Lebensmittelpreise im EU-Binnenmarkt befasst. Die Kommission hat die Aufgabe die Funktionsweise des EU-Binnenmarktes zu prüfen und sie schließt ihre Marktüberprüfung im Bereich der Lebensmittelversorgungskette mit dieser Mitteilung ab.

Die Lebensmittelversorgungskette verbindet drei wichtige Bereiche der europäischen Wirtschaft: den Agrarsektor, die Nahrungsmittel verarbeitende Industrie und den Lebensmitteleinzelhandel mit über 5 % der Wertschöpfung und 7 % der Beschäftigung in der EU. Die Leistungsfähigkeit des Lebensmittelsektors ist von hoher Relevanz für die EU-Bürgerinnen und -Bürger, da die Privathaushalte 16 % ihrer Ausgaben allein für Lebensmittel ausgeben.

Von Mitte 2007 bis Mitte 2008 haben steigende Agrarrohstoffpreise auch die Lebensmittel verteuert. Nach dem Absinken der hohen Rohstoffpreise 2008 und 2009 ist das Preisniveau für Lebensmittel nur langsam zurückgegangen. Damit stellen sich aus der Sicht der Kommission Fragen nach der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette. Die Kommission schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in diesem Sektor vor, z. B. den Austausch von Informationen über Vertragspraktiken oder die freiwillige Erarbeitung von Standardverträgen. Sie möchte mit verschiedenen Vorschlägen die Transparenz der Lebensmittelversorgungskette verbessern und empfiehlt den Mitgliedstaaten, leicht zugängliche Preisvergleichsdienste für den Einzelhandel einzurichten. Die Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und des Lebensmittelsektors (insbesondere der KMU) und die Förderung von Innovationen und von Exporten soll unterstützt werden.

Im November 2010 will die Kommission auf der Grundlage von laufenden Gesprächen mit den EU-Institutionen und den relevanten Partnern und Interessengruppen einen Folgebericht zur Umsetzung der Vorschläge vorlegen. Sie beabsichtigt vor diesem Hintergrund, das Mandat, den Aufgabenbereich und die Zusammensetzung der „Hochrangigen Gruppe für die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie“ auszuweiten.

Text der Mitteilung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15330.de09.pdf>

Informationen zum Bereich Lebensmittelsicherheit auf der Webseite der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz:

http://ec.europa.eu/food/food/index_de.htm

Justiz und Inneres

Kommission stellt letzte Bausteine für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem vor

Die Kommission hat am 21. Oktober 2009 Vorschläge angenommen, mit denen zwei Rechtsinstrumente des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geändert werden sollen: die Richtlinie über die Anerkennung und den Status von Personen, die internationalen Schutz benötigen (Anerkennungs- bzw. Qualifikationsrichtlinie), und die Asylverfahrensrichtlinie. Diese Änderungen folgen auf die Vorschläge, die die Kommission im Dezember 2008 und im Jahr 2009 zur Umsetzung des Haager Programms und des vom Europäischen Rat im letzten Jahr beschlossenen Einwanderungs- und Asylpakts vorgelegt hatte: die Richtlinie über die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber, die Dublin-Verordnung, die Eurodac-Verordnung, die Verordnung über die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen sowie die gemeinsame Neuansiedlungsregelung der EU.

Die geplanten Maßnahmen sollen verfolgten Personen ein höheres Maß an Schutz bieten und gleichzeitig dazu beitragen, die Kohärenz zwischen den EU-Asylrechtsvorschriften zu verbessern sowie die materiell- und verfahrensrechtlichen Schutznormen unionsweit zu vereinfachen und zu konsolidieren, um auf diese Weise Missbrauch zu verhindern und das Asylverfahren effizienter zu gestalten. Mit der Vorlage der beiden Änderungsrichtlinien schafft die Kommission hierfür nun die letzten Grundlagen.

Mit der Änderung der **Asylverfahrensrichtlinie 2005/85/EG** (KOM 2009, 554) soll das Asylverfahren vereinfacht und rationalisiert werden. So werden u. a. verfahrensrechtliche Begriffe klarer gefasst und der Zeitraum für die Antragsprüfung auf sechs Monate befristet. Den Asylbewerbern soll ein wirksamer Rechtsbehelf im Einklang mit den gemeinschafts- und völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten gewährt werden. Auch soll den Grenzschutz- und Polizeibeamten, die als erste mit den Asylsuchenden in Kontakt kommen, klarere Richtlinien vermittelt werden, wie sie mit diesen Personen umzugehen haben.

Die Änderung der **Anerkennungsrichtlinie 2004/83/EG** (KOM 2009, 551) zielt auf die Präzisierung einiger Rechtsbegriffe, um es den nationalstaatlichen Behörden zu ermöglichen, die Kriterien konsequenter anzuwenden. Des Weiteren soll es den Asylsuchenden erleichtert werden, die vorgesehenen Rechte auch in Anspruch nehmen zu können.

Die Vorschläge werden im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens im Europäischen Parlament und Rat beraten.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1552&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ergebnisse des Justiz-/Innen-Rates am 23. Oktober 2009

Auf dem Treffen der Justiz- und Innenminister der EU-Mitgliedstaaten in Luxemburg wurden folgende Themenbereiche besprochen:

a) Justizpolitik

Über den **Rahmenbeschlussvorschlag zum Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren** (KOM 2009, 338) wurde eine „allgemeine Ausrichtung“ (politische Einigung) erzielt. Der Rahmenbeschluss soll gemeinsame Mindeststandards für die Verdolmetschung und die Übersetzung von Dokumenten in den Mitgliedstaaten festlegen, um die Rechte von verdächtigen Personen, die die Verhandlungssprache des Gerichts weder sprechen noch verstehen, zu stärken.

Auch über die „**Roadmap**“ zur **Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen und Beschuldigten im Strafverfahren** wurde eine Einigung erzielt. Sie enthält die politische Festlegung, in den nächsten Jahren gemeinsame Mindeststandards u. a. in den Bereichen Rechtsbelehrung und Unterrichtung über die vorgeworfene Beschuldigung sowie Recht auf Rechtsbeistand und Prozesskostenhilfe zu schaffen. Konkrete Schritte sollen unter der spanischen und belgischen Ratspräsidentschaft unternommen werden.

Entwurf eines Rahmenbeschlusses zur Übertragung von Strafverfahren:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11119.de09.pdf>

Über den **Rahmenbeschlussvorschlag zur Übertragung von Strafverfahren** (Ratsdok. 1119/09) konnte noch keine Einigung erzielt werden. Diskutiert wurden lediglich die bisherigen Fortschritte. Der Vorschlag sieht vor, Ermittlungsverfahren von einem Mitgliedstaat auf einen anderen Mitgliedstaat zu übertragen, soweit letzterer eine eigene Zuständigkeit zur Strafverfolgung innehat und zur Übernahme bereit ist. Hierdurch sollen parallele Ermittlungen in verschiedenen Mitgliedstaaten zu derselben Tat verhindert werden, um so einen Verstoß gegen den „ne bis in idem“-Grundsatz, demzufolge ein Täter wegen einer Straftat nur einmal verurteilt werden darf, zu vermeiden. Gleichzeitig soll hierdurch die Effizienz von Strafverfahren gegen grenzüberschreitende Kriminalität erhöht werden.

Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0338:FIN:DE:PDF>

Der **Rahmenbeschlussvorschlag zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz von Opfern** (KOM 2009, 136) soll die Möglichkeiten der Strafverfolgung verbessern und gleichzeitig den Schutz der Opfer verbessern. Bekämpft werden soll sowohl der Menschenhandel aus Drittländern als auch der EU-interne Menschenhandel. In diesem Zusammenhang wurde besonders über das Strafrahmensystem diskutiert. Eine politische Einigung soll möglichst auf dem nächsten Rat für Justiz und Inneres (JI-Rat) Ende November erzielt werden.

Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz von Opfern:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0136:FIN:DE:PDF>

b) Innenpolitik

Die Innenminister diskutierten den von der Kommission vorgelegten **Rahmenbeschlussentwurf zur Akkreditierung forensischer Labore**. Ziel des Rahmenbeschlusses ist die gegenseitige Anerkennung von forensischen Untersuchungsergebnissen zwischen den Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund entsprechender Rechtsakte (z.B. Eurodac und Prüm) hat sich der grenzüberschreitende Datenaustausch zwischen den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten merklich gesteigert. Umso mehr scheint es notwendig, auch im Sinne einer Effizienzsteigerung, eine verlässliche und vergleichbare Qualität der Daten sicherzustellen, damit diese von den Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten anerkannt werden können. Die mit der Analyse von DNA-Profilen und der Behandlung von Fingerspuren befassten Labore sollen nach der entsprechenden ISO-Norm national akkreditiert werden.

Entwurf des Rahmenbeschlusses:

[www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cls/cons_cons\(2009\)11419/_cons_cons\(2009\)11419_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cls/cons_cons(2009)11419/_cons_cons(2009)11419_de.pdf)

Weiterhin berichtete die Kommission über den **Sachstand zur Gegenseitigkeit in der Visumpolitik**. Insbesondere wurde die Wiedereinführung der Visumpflicht durch Kanada für tschechische Staatsangehörige diskutiert. Kanada hat als Reaktion auf eine stark gestiegene Zahl von tschechischen Asylbewerbern wieder die Visumpflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen eingeführt. Die Minister erklärten, dass die Diskriminierung von tschechischen Bürgern nicht hinnehmbar sei und forderten eine Lösung im Rahmen der zwischen Tschechien und Kanada laufenden Konsultationen. Sollte dies nicht bis Ende des Jahres gelingen, wäre das Inkrafttreten eines EU-weiten Reaktionsmechanismus, der die Wiedereinführung der Visumpflicht für bestimmte Gruppen von kanadischen Bürgern vorsieht, möglich.

Am Rande der Sitzung ließen sich die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten und die Innenminister von Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz (sog. Gemischter Ausschuss) zum Sachstand bei der Entwicklung des **Visainformationssystems (VIS)** und des **Schengener Informationssystems II (SIS II)** unterrichten.

Beim VIS-Projekt zeichnet sich insbesondere wegen technischer Schwierigkeiten eine Verzögerung des Echtbetriebs in der Pilotregion Nordafrika ab. Tests zum Funktionieren des zentralen Systems würden derzeit durchgeführt. Voraussichtlich zum nächsten Rat für Justiz und Inneres (JI-Rat) im November könnten darauf basierend Schlussfolgerungen verabschiedet werden.

Bei SIS II werden die „Meilensteintests“ durchgeführt, die in den Ratsschlussfolgerungen vom 4. Juni 2009 festgelegt sind. Die Kommission prüft derzeit auch ein alternatives technisches Szenario für den Fall, dass sich SIS II als untauglich herausstellen sollte.

Ratsschlussfolgerungen 4. Juni 2009 (englisch):

<http://consilium.europa.eu/uedocs/NewsWord/en/jha/108297.doc>

Des Weiteren verabschiedete der Rat ohne weitere Erörterungen:

- Schlussfolgerungen zur strategischen Unterstützung von Opfern von Straftaten (englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110726.pdf

- Schlussfolgerungen zu Finanzkoalitionen gegen Kinderpornografie im Internet (englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110721.pdf

Schwedische Ratspräsidentschaft veröffentlicht Entwurf für das Stockholmer Programm

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat ihren Entwurf für das neue Mehrjahresprogramm im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht, das an das Haager Programm 2004 - 2009 anknüpfen soll, veröffentlicht. Es soll vom Europäischen Rat am 10. Dezember 2009 gebilligt werden.

Weitere Informationen (englisch):

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/16/stockholm_programme_made_public

Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

Kommission: Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft

Die Kommission hat am 19. Oktober 2009 eine Mitteilung zum Urheberrecht in der wissensbestimmten Wirtschaft herausgegeben, die von den Mitgliedern der Kommission Charlie McCreevy und Viviane Reding gemeinsam verfasst wurde. Die Mitteilung beruht auf der letztjährigen Konsultation zu einem Grünbuch der Kommission, den Arbeitsergebnissen der hochrangigen Expertengruppe zu digitalen Bibliotheken sowie den Erfahrungen der Kommission mit der europäischen digitalen Bibliothek „Europeana“. Sie zielt darauf ab, die kulturellen und rechtlichen Herausforderungen der massenhaften Digitalisierung und Verbreitung von Büchern, insbesondere von europäischen Bibliotheksbeständen, zu bewältigen.

In der Mitteilung betont die Kommission die herausragende Bedeutung von digitalen Bibliotheken, wie beispielsweise „Europeana“. Diese böten Forschern und Verbrauchern in ganz Europa neue Möglichkeiten, sich Informationen zu beschaffen. Eines der zentralen Anliegen der Kommission ist es, die Frage der so genannten „verwaisten Werke“ zu klären, also derjenigen Werke, deren Urheber nicht mehr ermittelt werden und die deswegen aufgrund ihres unsicheren Urheberrechtsstatus nicht digitalisiert werden können. Ein weiteres zentrales Anliegen der Kommission ist es, die Verbreitung und Verfügbarkeit von Informationen für behinderte Menschen, insbesondere für Sehbehinderte, zu verbessern.

In der Mitteilung stellt die Kommission die von ihr geplanten Maßnahmen vor. Hierbei hat sie sich zum Ziel gesetzt, im Dialog mit allen Beteiligten mögliche Wege für eine einfache und kostengünstige Klärung der Urheberrechte zu erarbeiten, damit noch urheberrechtlich geschützte Bibliotheksbestände (von sowohl vergriffenen als auch verwaisten Werken) in großem Maßstab digitalisiert und online verbreitet werden können.

Mitteilung „Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft“ (KOM 2009, 532):
http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=637

Ausschuss der Regionen

81. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 5. bis zum 7. Oktober 2009 fand die 81. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel statt. Die 344 Vertreter regionaler und kommunaler Gebietskörperschaften Europas diskutierten über verschiedene Themen europäischer Politik. Wesentliche Themenschwerpunkte waren unter anderem die Wirtschafts- und Finanzkrise, die zukünftige europäische Klimapolitik, die Arzneimittelpolitik und die Asylpolitik.

Am ersten Sitzungstag war die Suche nach regionalen Antworten auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise das zentrale Thema. Zwar sei der freie Fall der Weltwirtschaft gebremst, aber solange die Arbeitslosigkeit weiter steige, werde es keinen nachhaltigen Aufschwung geben, so AdR-Präsident Luc van den Brande. Auf der Ebene der Europäischen Union müsse Solidarität mehr als je zuvor das Leitprinzip des Handelns sein. Die Regionen müssten mit Hilfe der Kohäsionspolitik dazu ermutigt werden, sich den Herausforderungen, denen sie gegenüberstünden, zu stellen.

Vor dem Hintergrund des am 18. Dezember 2009 stattfindenden UN-Klimagipfels in Kopenhagen verabschiedete der AdR eine Stellungnahme zum „Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel“. Er fordert darin eine Intensivierung der Kooperation zwischen den subsidiären Ebenen bei der Eindämmung der negativen Konsequenzen des Klimawandels. Im Vorfeld der Verabschiedung der Stellungnahme fand eine Debatte zum Thema „Regionale und lokale Antworten auf den Klimawandel“ statt.

Das Arzneimittelpaket wurde zwischen der deutschen und anderen Delegationen kontrovers diskutiert. Insb. die deutschen EVP-Mitglieder waren der Auffassung, dass EU-einheitliche Vorgaben über den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel nicht erforderlich seien, da die bisherigen deutschen Regelungen sich als wirksam erwiesen hätten. Die deutsche Delegation setzte sich letztendlich mit ihrer Auffassung durch, dass das Verbot von Werbung für verschreibungspflichtige Medikamente in Rundfunk und Fernsehen auch weiterhin bestehen bleiben müsse.

Das künftige Asylsystem II führte unter den AdR-Mitgliedern ebenfalls zu einer lebhaften Debatte. Die geographische Lage mancher lokaler und regionaler Gebietskörperschaften spielte bei der Analyse der Migrationsströme und ihrer Konsequenzen eine besondere Rolle. So forderte die maltesische Delegation, die unverhältnismäßigen Belastungen an den EU-Außengrenzen anzuerkennen und insb. demographische Kapazitäten zu berücksichtigen.

Neben diesen Schwerpunktthemen stand auf der Tagesordnung der Plenarversammlung eine breites Spektrum weiterer Fachthemen, das von einer EU-Strategie für den Donauraum über europäische Verkehrspolitik und die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, bis hin zu Maßnahmen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und für eine bessere Betreuung der Opfer reichte.

Darüber hinaus fanden im Rahmen der 81. Plenartagung des AdR zum siebten Mal die OPEN DAYS in Brüssel statt, an denen auch die Freie Hansestadt Bremen beteiligt war (siehe folgenden Artikel).

Weitere Informationen zur Plenartagung:

https://toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc..2009_PV_DE.doc

Bremen spricht sich gemeinsam mit anderen Nordseeanrainern für eine „EU-Strategie für den Nordseeraum“ aus

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich gemeinsam mit den Nordniederländischen Provinzen, Südholland, Finistère, Haute-Normandie, South Norway, West Sweden, Southern England und Niedersachsen an den OPEN DAYS 2009 beteiligt, einer Veranstaltungswoche, die seit einigen Jahren vom Ausschuss der Regionen (AdR) und der Generaldirektion „Regionalpolitik“ in Brüssel organisiert wird.

Die oben genannten Regionen veranstalteten am 7. Oktober einen Workshop zum Thema „Advanced Cooperation in the North Sea – English Channel“. Ziel war es, gemeinsam mit den AdR-Mitgliedern der beteiligten Regionen, Vertretern der Europäischen Kommission, der schwedischen Ratspräsidentschaft, der North Sea Commission (NSC) und Stakeholdern die Notwendigkeit einer EU-Strategie für den Nordseeraum zu diskutieren.

Für die Freie Hansestadt Bremen nahmen Dr. Hermann Kuhn (MdBB) und die Bevollmächtigte beim Bund, Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler, an dem Workshop teil. Beide vertreten Bremen im Ausschuss der Regionen (AdR).

Während Dr. Hermann Kuhn den Workshop in seiner Funktion als Vorsitzender der AdR-Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“ eröffnete und das von der Bremer EU-Vertretung erarbeitete Positionspapier „Auf dem Weg zu einer Nordseestrategie: Prioritäten der künftigen Zusammenarbeit“ präsentierte, machte Dr. Kerstin Kießler das besondere Interesse Bremens an einer „Europäischen Strategie für den Nordseeraum“ deutlich.

Im Laufe des Workshops wurde klar, dass die Anrainerländer der Nordsee und des Ärmelkanals nicht nur gemeinsam vor großen Herausforderungen wie bspw. der Anpassung an den Klimawandel stehen, sondern auch viele gemeinsame Interessen haben, wie z.B. den Schutz der Nordsee als Ökosystem. Es bestand weitgehend Einigkeit, dass vor diesem Hintergrund eine vertiefte Zusammenarbeit im Nordseeraum sinnvoll und notwendig ist und eine „Nordseestrategie“ für diese Zusammenarbeit den notwendigen strategischen Rahmen bilden kann.

Das o. g. Positionspapier, das Vorschläge für das weitere Vorgehen auf dem Weg zur Schaffung einer EU-Strategie für den Nordseeraum aufzeigt, soll auf Grundlage der Diskussionsergebnisse des OPEN DAYS-Workshops noch einmal überarbeitet und dann in der Dezember-Sitzung der AdR-Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“ beschlossen werden.

Seit Anfang 2009 nutzt Bremen verstärkt den AdR, um die Zusammenarbeit im Nordseeraum zu intensivieren. Hierzu haben die bremischen Mitglieder im AdR die Einrichtung einer Intergroup „Nordsee - Ärmelkanal“ initiiert; seit ihrer Gründung im Februar 2009 nimmt Dr. Hermann Kuhn (MdBB) den Intergroup-Vorsitz wahr. Im Rahmen der Intergroup sollen die Interessen der Nordseeanrainer im Bereich der Meerespolitik gebündelt und diese verstärkt im AdR sowie gegenüber den anderen EU-Institutionen vertreten werden. 20 Regionen aus Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland sind derzeit durch ihre AdR-Mitglieder in der Intergroup vertreten.

Bremen und Europa

Europawoche 2010 - Mitmachen und gemeinsam dafür werben

Im kommenden Mai 2010 wird wieder die Europawoche in den deutschen Ländern stattfinden (offizielles Datum: 2. - 10. Mai 2010) und wieder einmal steht Europa vor großen Herausforderungen!

Die letzte Unterschrift ist in Prag getrocknet, am 1. Dezember kann der EU-Vertrag von Lissabon in Kraft treten. Was im Jahr 2000 nach den Enttäuschungen in Nizza mit dem Verfassungskonvent begann und mit mehreren ablehnenden Referenden schwere Rückschläge hinnehmen musste, ist durch den beharrlichen Einsatz der Pro-Europäer nun doch endlich zum Erfolg geführt worden. Die Europäische Union wird mit dem Vertrag von Lissabon demokratischer, transparenter und handlungsfähiger.

Natürlich wird der Lissabon-Vertrag ein Thema der Europawoche 2010 sein. Ebenso wird für das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ (2010) im Rahmen der anstehenden Europawoche Raum gegeben. Darüber hinaus sind jedoch alle interessierten Einrichtungen eingeladen, Veranstaltungen verschiedenster Formate und natürlich auch zur gesamten Bandbreite europäischer Themen durchzuführen.

Die Europaabteilung beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa bietet wieder an, für die Europawoche 2010 eine gemeinsame Plattform zu schaffen, um ein noch größeres öffentliches Interesse der Bürgerinnen und Bürger Bremens zu wecken. Dies soll in Form eines gemeinsamen Flyers geschehen, in den die geplanten Veranstaltungen und Aktionen aufgenommen werden, ohne dass den Trägern hierdurch Kosten entstehen.

Gleichzeitig werden diese Veranstaltungen bzw. Aktionen unter einer speziellen Rubrik – Veranstaltungen Europawoche 2010 – auf der Website www.europa.bremen.de veröffentlicht.

Wir würden uns sehr freuen, wenn sich möglichst viele an dem gemeinsamen Forum zur Europawoche 2010 beteiligen würden. Gerne können schon jetzt Veranstaltungsideen bzw. –termine durchgegeben werden (bitte per Email an heide.swieczkowski@europa.bremen.de). Anfang des Jahres werden wir auch noch einmal an die Europawoche erinnern.

Bei Rückfragen und für weitere Informationen: Heide Swieczkowski, Tel.: 0421/ 361-15682.

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Meike Pecat
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079
Fax: +49 421 496-14079
E-Mail: Meike.Pecat@europa.bremen.de
Internet: www.europa.bremen.de

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Büro Brüssel		
Hélène Tabourot Büroleitung und Sekretariat	+32 2 230 2765	Vertretung@Bremen.be
Eva Berling Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	Berling@Bremen.be
Dr. Frank Castenholz Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Castenholz@Bremen.be
Gerlind Schütte Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Schuette@Bremen.be
Renate Lürssen Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Luerssen@Bremen.be
Dr. Martina Hilger Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	Hilger@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	Ripke@Bremen.be
Torsten Raff Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Raff@Bremen.be
Büro Bremen		
Anja Braun Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	Anja.Braun@europa.bremen.de
Meike Pecat Ausschuss der Regionen, EU-Informationen	+49 421 361-14079	Meike.Pecat@europa.bremen.de
Hans-Joachim Schröder EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Dr. Katja Eichler Europapol. Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- Fortbildung	+49 421-361-10841	Katja.Eichler@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung	+49 421 361-8995	Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de
Heide-Lore Swiecikowski, Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	Heide.Swecikowski@europa.bremen.de
Claudia Elfers Konzeption der interregionalen Koop.beziehungen	+49 421 361-16882	Claudia.Elfers@europa.bremen.de

Veranstaltungskalender Dezember 2009—Februar 2010

im Haus der Bremischen Bürgerschaft (Eingang Domseite)

Datum/Uhrzeit	Veranstaltung	Veranstalter
14.12.2009 17:30-19:00	Rede und Antwort“: Das Land Bremen im Ausschuss der Regionen—eine Bilanz	Studiengang Integrierte Europastudien an der Uni Bremen in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen
18.12.2009 16:00-17:30	Eurolounge Christmas-Event: Festtagstraditionen in Europa	EuropaPunktBremen
04.01.2010 17:30-19:00	Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland: Zur Debatte um Integration	Studiengang Integrierte Europastudien an der Uni Bremen in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen
11.01.2010 17:30-19:00	Die Sozialpartner—Quantité négligeable in der EU?	Bremer Europa Zentrum e.V. in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen
14.01.2010 17:30-19:00	Die Sozialstaatlichkeit nur national machbar?	Bremer Europa Zentrum e.V. in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen
18.01.2010 17:30-19:00	„Die Zivilgesellschaft—in Brüssel nix zu melden?	Bremer Europa Zentrum e.V. in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen
25.01.2010 17:30-19:00	Der Lissabon Prozess der EU: Bilanz und Zukunftsoptionen (2000-2010)	Studiengang Integrierte Europastudien an der Uni Bremen in Kooperation mit dem EuropaPunktBremen

Veranstaltungskalender Dezember 2009—Februar 2010

im Haus der Bremischen Bürgerschaft (Eingang Domseite)

Datum/Uhrzeit	Veranstaltung	Weitere Informationen
29.01.2010 16:00-17:30	Eurolounge „Festung Europa ?“	EuropaPunktBremen
01.02.2010 17:30-19:00	Rede und Antwort“: Die Bremer Ver- tretung in Brüssel und bei der Euro- päischen Union	Studiengang Integrierte Europastu- dien in Kooperation an der Uni Bre- men mit dem EuropaPunktBremen
26.02.2010 16:00-17:30	Eurolounge „Wer/Was ist Familie in Europa ?“	EuropaPunktBremen